

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Januar 2004



Ein Hauch von Kant wäre jetzt wohltuend

„Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“. Diesen berühmtesten aller Sätze Immanuel Kants sollte man in diesem Jahr zur Hand haben. Und das nicht nur, weil die gebildete Welt das 200. Todesjahr des großen Philosophen feiert. Auch was weniger geniale Geister in diesem Jahr noch ausbrüten mögen, kann durchaus mit Gewinn an der kantischen Elle gemessen werden – etwa in der Frage: „Was taugen eigentlich die Ideen, mit denen uns die Politiker um Wahl oder Wiederwahl bitten?“

Für den Tatbestand der Unmündigkeit bieten Gesetzblätter und Gesetzesnovellen reiches Anschauungsmaterial: Entmündigung der Arbeitnehmer durch die Macht des Tarifkartells, Krankenkassen ohne Wahlfreiheit, Rente nach Kassenlage, enteignungsnahe Steuersätze. Die Politik scheint nicht geneigt zu sein, daran Wesentliches zu ändern. Man könnte – etwa mit Blick auf die Steuern – sogar sagen: Je besser der Reformansatz, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, dass er im Gesetzblatt landet. Wenn Politik vom „Gestalten“ spricht, dann meint sie fast immer das Gestalten von Details, das Einräumen von Sonderkonditionen, die ihrerseits dem dienen, was die Politik an selbstgesetzten Zielen verfolgt. Selbst am banalsten Beispiel wird das deutlich: Der Bürger wird mit erklecklichen Sätzen und Summen bei der Besteuerung zur Kasse gebeten; für das Berufspendeln wird ihm aber ein Bonus gewährt, der aus der Sicht der Politik seinen tieferen Sinn aus dem Willen zur Gestaltung einer Industrielandschaft gewinnt.

Es wird einstweilen wohl bei der Unmündigkeit bleiben, und die Wähler werden nicht bestreiten können, dass diese Unmündigkeit selbstverschuldet ist. Wo gibt es denn den Zulauf zu Politikern und Parteien, die mehr Freiheit für mehr Eigenverantwortung bieten? An der „Aufklärung“ fehlt es nicht. Es fehlt wohl der Wille, entschlossen zum kantschen „Ausgang“ zu drängen.

Hans D. Barbier

Saloppe Pflichtverletzung

Der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt verpflichtet die Mitgliedstaaten der Währungsunion, jährlich ein Stabilitätsprogramm vorzulegen, das den Weg zum schnellstmöglichen Haushaltsausgleich beschreibt. Finanzminister Hans Eichel hat diese Verpflichtung nicht ganz verstanden. Sein Stabilitätsprogramm beschreibt nur, wie sich die Neuverschuldung in Deutschland entwickeln wird. 2003 lag das Defizit beim bisherigen Negativrekord von 4,0 Prozent des BIP. Stimmen seine Prognosen, wird das Defizit in diesem Jahr 3,5 Prozent betragen.

Damit überschreitet die Bundesrepublik Deutschland zum dritten Mal in Folge die im Stabilitätspakt zulässige Defizitmarke von 3,0 Prozent. Längst ist keine Rede mehr davon, baldigst einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen: Noch 2002 hatte Hans Eichel erklärt, er werde das bis 2006 schaffen.

Die unerfreuliche Entwicklung der jährlichen Neuverschuldung schlägt sich auch im Schuldenstand von Bund, Ländern und Gemeinden nieder. Die Gesamtschulden stiegen 2003 – gemessen am BIP – von 60,8 Prozent auf 64 Prozent. Dieses Jahr werden 65 Prozent erreicht, 2005 wird laut dem Stabilitätsprogramm „mit 65,5 Prozent der Scheitelpunkt der Entwicklung er-

reicht“. Danach soll die Quote langsam sinken.

Erlaubt ist nach dem Europäischen Stabilitätspakt ein Gesamtschuldenstand von maximal 60 Prozent des BIP.

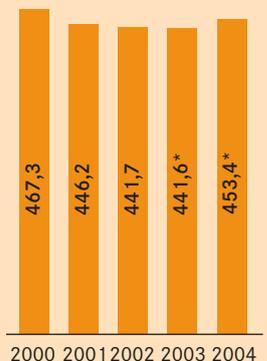
www.bundesfinanzministerium.de/Aktuelles/Aktuelles-378.21238/Artikel/index.htm

Konsequente Basisarbeit

188 Gesetze, rund 96 000 Verwaltungsvorschriften, zig verschiedene Formulare: Der deutsche Steuerdschungel ist undurchdringlich geworden. Die wenigsten „Steuerbürger“ dürften in der Lage sein, ihre Steuererklärung selbst auszufüllen. Der Wildwuchs belastet nicht nur Bürger und inländische Firmen. Auch ausländische Investoren werden von hohen nominalen Steuersätzen abgeschreckt, weil sie die vielfältigen Ausnahmen

Steuereinnahmen

Bund, Länder, Gemeinden
in Milliarden €



* Schätzung

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

und Sonderregeln nicht kennen, mit denen sich die Steuerbelastung senken lässt.

Dass 3 000 Bücher, knapp 200 EDV-Programme und rund 70 000 Steuerberater als Helfer bereitstehen, zeigt, wie kompliziert die Materie ist und dass nur noch eine Steuervereinfachung helfen kann. Die Vorschläge von Friedrich Merz sind ermutigend. Zwar ist seine Steuerreformidee nicht neu, aber erstmals hat sich eine Volkspartei per Parteitagsbeschluss auf eine umfassende Steuervereinfachung festgelegt.

Virtueller Durchblick

Am 1. Dezember 2003 hat die Bundesagentur für Arbeit „www.arbeitsagentur.de“ im Internet platziert. Der elektronische Stellenmarkt im WWW hat das Ziel, „die Vermittlung von Arbeitssuchenden auf geeignete Stellen zu beschleunigen.“ Der Start in den „virtuellen Arbeitsmarkt“ kostet rund 77 Millionen €. Davon schlagen 29 Millionen € für das Einrichten und Betreiben des neuen Online-Angebotes zu Buche. Weitere 48 Millionen € kostet das damit verbundene neue Vermittlungs-EDV-System für 35 000 Arbeitsagentur-Mitarbeiter. Sie sollen ab Mai 2004 ihre Vermittlungsarbeit ausschließlich mit dem neuen EDV-System erledigen.

Nach Angaben des Verbandes der deutschen Internetwirtschaft gab es Ende November 2003 in Deutschland rund 400 funktionierende private Internet-Jobbörsen.

www.arbeitsagentur.de

Zahlen für die Bildung

Wissen ist Deutschlands wichtigster Rohstoff, predigen Bildungspolitiker aller Parteien. Nach dem „Pisa-Schock“, der eine langwierige Debatte über das deutsche Schulsystem ausgelöst hat, steht nun das Hochschulwesen im Zentrum der Diskussion. Das Problem dabei ist das fehlende Geld. Deshalb finden Ökonomen mit der Forderung Gehör, dass Studenten ihre Ausbildung selbst bezahlen sollen.

„Warum zieht ihr euch aus, statt zu lernen?“, fragte kurz vor Weihnachten scheinbar ahnungslos eine deutsche Boulevardzeitung. Mittlerweile haben die Berliner Studentinnen und Studenten, die im Dezember nackt über die Weihnachtsmärkte der Bundeshauptstadt geflitzt waren, um ihre Botschaft „Selbst das letzte Hemd ist weg“ bundesweit publik zu machen, ihr erstes Ziel erreicht: Die finanzielle Misere der deutschen Hochschulen bestimmt die Schlagzeilen.

Sicherlich besteht Einigkeit darüber, dass nichts so bleiben kann, wie es ist, wenn Deutschland den Zug in Richtung „Wissengesellschaft“ nicht verpassen will. Damit ist allerdings noch nicht die Frage beantwortet, woher das Geld für die Universitäten kommen soll.

Für Personal und Betrieb der Universitäten sind in erster Linie die Finanzminister der Länder zuständig, und die streichen Ausgaben, wo sie nur können. Allein in Berlin will die SPD-PDS-Koalition 75 Millionen € bis zum Jahr 2009 bei den Hochschulen einsparen. Für die Unis der Hauptstadt, die schon jetzt aus Geldmangel Professorenstellen nicht besetzen können, wäre das ein Debakel. Der Berliner Senat, der mit aller Kraft versucht, den Landeshaushalt in den Griff zu

bekommen, sieht jedoch keine Alternative zum geplanten Sparpaket.

Mehr Akademiker!

Nicht nur der Senat in Berlin steht auf der Ausgaben-Bremse, auch Hessen, Bayern oder Niedersachsen streichen ihre Hochschul Etats zusammen. Die Hessische Landesregierung kürzt das Uni-Budget dieses Jahr um 30 Millionen €, Bayern will 150 Millionen € weniger für seine Hochschulen ausgeben, Niedersachsen 40 Millionen €. Die übrigen Länder verfolgen ähnliche Sparziele. Der Bund – lediglich für den Hochschulbau zuständig – streicht im laufenden Jahr 135 Millionen €.

Gleichzeitig singen Politiker aller Couleure das Hohe Lied der Bildung. „Investieren in Bildung, Forschung und Wissenschaft“ – das ist nach SPD-Generalsekretär Olaf Scholz der Schlüssel zu wirtschaftlichem Wohlstand und sozialer Sicherheit. In diesem Sinne hat seine Partei das Jahr 2004 zum „Jahr der Innovation“ erklärt. Unter anderem haben die Sozialdemokraten angekündigt, zehn Elite-Unis zu schaffen, die sich mit den amerikanischen Top-Adressen Stanford oder Harvard messen können.

Ob „Elite-“ oder „normale“ Uni, Tatsache ist: Die Nachfrage nach dem Gut Bildung steigt kontinuierlich, und die

universitäre Infrastruktur ist dem Ansturm nicht gewachsen. Berlins Universitäten beispielsweise sind für 85 000 Studenten ausgelegt, 135 000 sind eingeschrieben.

Im laufenden Wintersemester hat die Zahl der Studierenden in Deutschland erstmals die 2-Millionen-Grenze überschritten. Für Bildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) ist das immer noch zu wenig: Die Akademikerquote müsse von etwa einem Drittel eines Jahrgangs auf 40 Prozent angehoben werden. Bildungspolitiker wie Bulmahn berufen sich auf Studien von Wirtschaftswissenschaftlern, die die Bedeutung höherer Qualifikationen in einer Gesellschaft herausstellen, der durch technischen Fortschritt und Standortverlagerungen von Unternehmen die „einfache“ Arbeit ausgeht.

Der amerikanische Ökonom und Nobelpreisträger Gary S. Becker meint: „Im 20. Jahrhundert hat die Bedeutung von Bildung kontinuierlich zugenommen. Das kann man in jeder Gesellschaft beobachten, in Europa, Asien, Nordamerika. Aber die Vorteile von Bildung sind in den letzten 30 Jahren schneller gewachsen als in jeder früheren Geschichtsperiode.“ Das würde sicher auch die Bundesbildungsministerin unterschreiben. Allerdings enden die Gemeinsamkeiten



„Wer nicht verändern will, wird auch das verlieren,
was er bewahren will.“

Gustav Heinemann, Bundespräsident 1969 - 1974

damit. Völlig unterschiedlich sind nämlich die Vorstellungen darüber, wie das Bildungssystem finanziert werden sollte. Was die Unis betrifft, liegt die Lösung für den Ökonomen Becker auf der Hand: Wer von den Leistungen der Hochschulen profitiert – seiner Ansicht nach vor allem die Studenten –, soll sie bezahlen.

Was in den USA oder Großbritannien seit langem üblich ist, findet auch in Deutschland zunehmend Anhänger. CDU, FDP und inzwischen auch Teile der SPD und der Grünen plädieren für die Einführung von Studiengebühren. Bildungsministerin Bulmahn, die 2002 ein ausdrückliches Verbot von Studiengebühren (für das Erststudium) ins Hochschulrahmengesetz geschrieben hat, stemmt sich bislang dagegen.

Wem nützen die Unis?

Befürworter einer Hochschulfinanzierung durch Gebühren glauben, dass sich dadurch nicht nur die finanzielle Ausstattung der Unis verbessern ließe. Auch die Qualität der Lehre würde zunehmen, weil Studenten sich künftig als Kunden und Professoren als Dienstleister fühlten. Der Wettbewerb zwischen den Universitäten würde sich verschärfen, weil sie um kaufkräftige Kundschaft konkurrieren müssten. Für das akademische Personal bestünden daher mehr Anreize, Spitzenleistungen in Forschung und Lehre zu vollbringen.

Zudem seien Studiengebühren ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, denn es gehe nicht an, dass mit Steuergel-

dern finanziert werde, was nur einer relativ kleinen Gruppe nütze. Soll eine Krankenschwester mit geringem Verdienst per Einkommensteuer das Studium von Ärztekindern bezahlen? Studierende, die schon heute Schwierigkeiten haben, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und nicht wissen, wie sie das Geld für Studiengebühren aufbringen sollen, fühlen sich mit diesem Argument übergangen. Trotzdem berührt es die Kernfrage: Ist Bildung ein öffentliches Gut, das aus Steuermitteln finanziert werden sollte wie der Straßenbau oder die Landesverteidigung, oder ein privates Gut, das man kaufen kann wie ein Auto oder einen Fernseher, weil man sich einen bestimmten Nutzen davon verspricht?

Viele Bildungs-Ökonomen betrachten ein Hochschulstudium als private Investition, die sich später in Form eines höheren Einkommens auszahlt. Damit auch mittellose Abiturienten studieren können, schlagen sie vor, nachgelagerte Studiengebühren zu erheben. Die Gebühren werden vom Staat vorgestreckt und müssen erst nach dem Studium – wenn die Betroffenen eigenes Einkommen erzielen – zurückgezahlt werden. Nach diesem Prinzip funktioniert heute bereits das so genannte Bafög (Bundesausbildungsförderungsgesetz), das Studenten, die nicht auf elterliche Unterstützung oder anderes Einkommen bauen können, Leistungen für den Lebensunterhalt gewährt.

Kritiker des Gebühren-Modells beharren darauf, dass universitäre Bildung ein öf-

fentliches Gut sei, das von der Allgemeinheit bezahlt werden müsse, weil dessen Nutzen gar nicht einzelnen Personen zugerechnet werden könne. Schließlich ist der wirtschaftliche Ertrag wissenschaftlicher Arbeit meistens weder exakt zu bestimmen, noch lässt sich – zum Beispiel bei der Grundlagenforschung – sagen, wer von den Ergebnissen profitiert.

Die fertig ausgebildeten Akademiker kassieren die „Bildungsrendite“ jedenfalls nicht allein: Wenn sie als Unternehmer, Manager oder Forscher tätig sind, können sie dazu beitragen, dass neue Arbeitsplätze entstehen. Um das Beispiel der Krankenschwester aufzugreifen: Ihre Beschäftigung, und damit ihr Verdienst, hängt wesentlich davon ab, dass gut ausgebildete Mediziner neue Therapien entwickeln und Praxen eröffnen.

Goethe contra BWL

Gegen die These, Studenten sollten ihr Studium selbst bezahlen, weil sie ja anschließend auch mehr verdienen, werden noch weitere Argumente ins Feld geführt. Dass Akademiker ein höheres Lebensseinkommen erzielen als Nicht-Akademiker, ist nicht immer gewährleistet. Das Centrum für Hochschulentwicklung, eine Forschungseinrichtung, die sich für Studiengebühren stark macht, bescheinigt dem Germanistikstudium eine „negative Bildungsrendite“. Wer sich nach dem Abitur für die Beschäftigung mit Goethe und Schiller statt für eine Lehre entscheidet, nimmt ein geringeres Lebensseinkommen in Kauf. Vie-

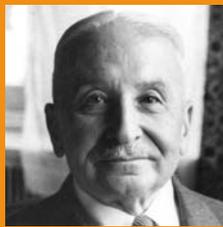
le Absolventen wären nicht in der Lage, die Kosten für ihr Studium zurückzuzahlen.

Aus Sicht angehender Studenten sind Fächer wie BWL oder Jura „lohnender“. Diese Studiengänge sind zugleich die „billigsten“, weil sie relativ wenig Personal und keine teuren Labors erfordern. Universitäten, die Gebühren erheben, hätten die Möglichkeit, auf Zahlungen potenzieller Besserverdiener zu spekulieren, um weniger „ertragreiche“ Studiengänge zu bezuschussen. Mit einer solchen Quersubventionierung wäre die Idee von der Bildung als privatem Gut, dessen Herstellungskosten allein vom „Käufer“ getragen werden, allerdings ad absurdum geführt. Das marktwirtschaftliche Prinzip der Preissteuerung, das Ökonomen gern im Bildungssystem verankern würden, käme überhaupt nicht zur Geltung.

Sollten die Universitäten dagegen in erster Linie versuchen, ihre Einnahmen zu maximieren, würden sie „wirtschaftlich rentable“ Fachbereiche weiter ausbauen und andere austrocknen lassen. Wenn nur noch betriebswirtschaftliche Argumente gelten, müssten zum Beispiel die Geisteswissenschaften um ihre Daseinsberechtigung bangen.

Den Universitäten muss schleunigst aus ihrer finanziellen Misere geholfen werden. Aber wer glaubt, die Probleme durch Übertragung ökonomischer Modelle und Theorien auf das Hochschulwesen lösen zu können, macht es sich zu einfach.

Philipp Wolter



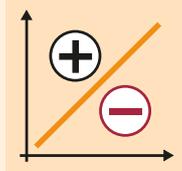
„Wer für freies Unternehmertum und freien Wettbewerb kämpft, verteidigt nicht die Interessen derer, die heute reich sind. Er will Freiheit für die unbekanntenen Menschen, die die Unternehmer von morgen sein werden.“

Ludwig von Mises, österreichischer Nationalökonom

IM KLARTEXT

Januar 2004

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Januar 2004

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit sorgt sich um den Ruf der Bundesagentur für Arbeit. Es verknüpft deshalb den Auftrag des Deutschen Bundestages vom 14. November 2002, „die Umsetzung der Hartz-Vorschläge insgesamt zeitnah evaluieren zu lassen“, mit einer Untersuchung zum Renommee der Nürnberger Arbeitsvermittler. Laut Ausschreibung vom 9. Oktober 2003 sind Akzeptanz und An-

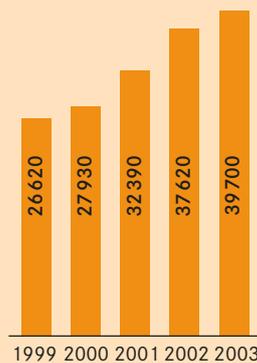
sehen der Bundesagentur bei den „Kunden“ zu ermitteln. Für den Forschungsauftrag sind im Zeitraum von 2004 bis 2006 rund elf Millionen € vorgesehen. Die Begründung für das Forschungsprojekt aus Sicht des Ministeriums: Je anerkannter die Bundesagentur, umso größer ihr Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit.

Eigenverantwortung

39 700 Unternehmen stellten 2003 einen Insolvenzantrag. Im Vergleich zum Vorjahr entsprach das einer Steigerung von 5,5 Prozent. Im Verlauf der letzten zehn Jahre haben sich die Unternehmenspleiten damit mehr als verdoppelt. Zusätzlich versuchten im vergangenen Jahr 60 100 Verbraucher und ehemals selbständig Tätige, sich durch ein Insolvenzverfahren zu entschulden.

In Euro und Cent summieren sich die durch Insolvenz unbezahlt gebliebenen Rechnungen auf 40,5 Milliarden €, zwei Milliarden mehr als im Vorjahr. Kreditgeber, Arbeitnehmer und Lieferanten bleiben auf 27,9 Milliarden € sit-

Firmenpleiten



Quelle: Creditreform

zen, die „öffentliche Hand“ muss rund 12,6 Milliarden € abschreiben.

Geldwertstabilität

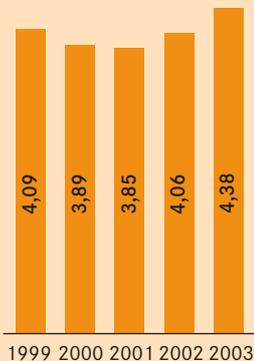
Die privaten Haushalte haben gemäß Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (VGR) im abgelaufenen Jahr rund 151 Milliarden € gespart. Das waren im Durchschnitt rund 1 850 € pro Kopf der in Deutschland lebenden Bevölkerung. Die Sparer können ruhig schlafen. Die europäischen Finanzpolitiker sehen derzeit kein Inflationsproblem in den zwölf Euro-Staa-

ten. Das Statistische Bundesamt hat für 2003 eine Inflationsrate von 1,1 Prozent errechnet. Im EU-Vergleich liegt Deutschland damit unter dem europäischen Durchschnitt von 2,1 Prozent. Im Mai und August lag die deutsche Rate sogar unter einem Prozent.

Nach der allgemein anerkannten Definition der Europäischen Zentralbank liegt Preisstabilität vor, wenn die Inflationsrate unter zwei Prozent bleibt.

Arbeitslose

Jahresdurchschnitt
in Millionen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Ersparnis

in Deutschland,
in Milliarden €



* Schätzung nach VGR

Quelle: Statistisches Bundesamt

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstrasse 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: dpa, Ludwig von Mises Institute
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard